



MEDIENMITTEILUNG

Basel, 30. Januar 2023

«Europa-Umfrage»: Wie stellen sich Kandidierende für den Baselbieter Regierungsrat zu den Beziehungen CH-EU?

In den nächsten Jahren ist ein starkes Engagement des Baselbieter Regierungsrats in europapolitischen Fragen gefragt, um Wohlstand und Freiheiten der Baselbieter Bevölkerung zu sichern. Die Kandidierenden zeigen Unterschiede bezüglich des Tempos und des Ambitionsniveaus.

Am 12. Februar 2023 findet die Gesamterneuerungswahl für den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft statt. Die Sektion Basel der Europäischen Bewegung Schweiz hat die vier bisherigen, erneut antretenden Regierungsmitglieder Monica Gschwind (FDP), Dr. Anton Lauber (Mitte), Isaac Reber (Grüne), Kathrin Schweizer (SP), sowie vier weitere sich der Wahl stellende Kandidatinnen und Kandidaten – Manuel Ballmer (GLP), Thomi Jourdan (EVP), Dr. Thomas Noack (SP) sowie Sandra Sollberger (SVP) – zu ihrer Sicht auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union befragt. Alle Kandidierenden antworteten, wobei die amtierenden Regierungsräte Gschwind und Lauber mit Verweis auf die Regierungstätigkeit jeweils summarisch Stellung bezogen.

Bisherige und Neue unterstreichen die Wichtigkeit guter Beziehungen zu unseren Nachbarn

Die Umfrageergebnisse und Rückmeldungen zeigen unmissverständlich: Die Kandidierenden anerkennen unisono die Wichtigkeit stabiler und guter Beziehungen zur Europäischen Union. Die Bedeutung guter und stabiler Beziehungen mit der Europäischen Union für den künftigen Wohlstand des Kantons Basel-Landschaft ist dabei unbestritten. Folgerichtig wird auch die Aussage von allen mitgetragen, dass sich der Kanton auch künftig aktiv für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union einsetzen möge.

Unterschiedliche Vorstellungen bezüglich Verbindlichkeit und Geschwindigkeit

Der Entscheid des Bundesrates vom Mai 2020, die Verhandlungen zu einem Institutionellen Rahmenabkommen unilateral abzubrechen, stösst auf breite Ablehnung. Nur Nationalrätin Sandra Sollberger befürwortete den Schritt.

Auch bezüglich der zeitlichen Dringlichkeit beim Anstreben neuer Verhandlungen mit der Europäischen Union mit dem Ziel, rasch und verbindlich Lösungen zu finden, zeigten sich Bisherige wie Neue einig. Erfreulich ist auch die Absichtsbekundung der Kandidierenden, sich künftig verstärkt in der innenpolitischen Diskussion zu beteiligen, um die Bedürfnisse unserer Region mit Nachdruck zu vertreten und Druck auf Bund und Kantone zur zügigen Wiederaufnahme von Verhandlungen aufzunehmen. Während sieben Kandidierende Dringlichkeit und Engagement im Bund und mit den Kantonen eindeutig mit «ja» beantworteten, kreuzte Nationalrätin Sollberger jeweils «eher ja» an.

Wir nehmen die neue Regierung in die Pflicht

Die Sektion Basel der Europäischen Bewegung Schweiz ist erfreut über das hohe Mass an Einstimmigkeit aller Kandidierenden zur Notwendigkeit guter und stabiler Beziehungen mit der Europäischen Union.

Wir ermuntern, die neu gewählte Regierung ihre Einflussmöglichkeiten im Bund und mit den Kantonen im Sinne der Bevölkerung des Baselbiets auch in der Europapolitik zu nutzen. Entsprechend



werden wir die Regierungsmitglieder auch künftig in die Pflicht nehmen, ihren geäußerten Versprechen Taten folgen zu lassen.

Für Rückfragen stehen Ihnen gerne zur Verfügung:

Sarah Wyss, Präsidentin: 079 811 24 87, sarah.wyss@parl.ch

Sven Bisang, Kassier: 079 796 22 48, basel@europa.ch

Wer ist die Europäische Bewegung Schweiz Sektion Basel?

Die Europäische Bewegung Schweiz Sektion Basel ist ein parteipolitisch und konfessionell unabhängiger Verein mit über 200 Mitgliedern in unserer Region. Als Nordwestschweizer Sektion der Europäischen Bewegung Schweiz setzt sie sich im Dreiländereck für eine nachhaltige und offene Europapolitik der Schweiz ein. In der Region unterhält sie freundschaftliche Beziehungen zu den Schwesterorganisationen im Elsass und in Südbaden.

«Zämme in Europa» - Jetzt kantonale Volksinitiative unterschreiben!

Gute Beziehungen zu den europäischen Nachbarn sind für die Region Basel von zentraler Bedeutung. Die laufende Erosion der Beziehungen mit Europa schadet nicht nur dem Wirtschafts- und Forschungsstandort, sondern auch dem trinationalen Lebensraum.

Wir sind überzeugt, dass es neue Impulse aus der Bevölkerung und den Kantonen braucht, um die Blockade in Bern zu überwinden. Eine breite Diskussion der Beziehungen zur Europäischen Union und unseren Nachbarländern im Zuge der Initiative sowie eine Verankerung der Forderung in der Verfassung soll die Regierungen stärken und neue Impulse für die Diskussion in Bern ermöglichen.

Die Sektion Basel der Europäischen Bewegung Schweiz hat deshalb in den beiden Basel im Herbst 2022 die Initiative «Zämme in Europa» lanciert, welche die Kantone mit zwei kantonalen Volksinitiativen beauftragen will, sich für gute und stabile Beziehungen einzusetzen. Aktuell läuft die Unterschriftensammlung.

Mehr Informationen: <https://zaemme-in-europa.ch/baselland>

Europa-Umfrage an Kandidierende Regierungsrat Kanton Basel-Landschaft

- 1. Stimmen Sie folgender Aussage zu?** *“Gute und geregelte Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und unseren Nachbarländern sind auch in Zukunft ein wichtiger Pfeiler für den Wohlstand im Kanton Basel-Landschaft.”*
- Ja - eher ja - eher nein - nein
- 2. Stimmen Sie folgender Aussage zu?** *“Der Kanton Baselland soll sich für gute und stabile Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union und den Nachbarländern einsetzen.”*
- Ja - eher ja - eher nein – nein
- 3. Haben Sie den Abbruch der Verhandlungen über ein Rahmenabkommen Schweiz-EU durch den Bundesrat befürwortet?**
- Ja - eher ja - eher nein – nein
- 4. Sind Sie der Meinung, dass die Schweiz in ihren Beziehungen zur Europäischen Union die institutionellen Fragen (Regeln zur Rechtsharmonisierung) rasch und verbindlich vertraglich regeln soll?**
- Ja - eher ja - eher nein – nein
- 5. Wären Sie als Mitglied der Baselbieter Regierung bereit, die Bedürfnisse der Bevölkerung des Kantons für geregelte Beziehungen mit der Europäischen Union (Stichworte: Vollassoziierung Kooperationsprogramme wie Horizon Europe, Erasmus+ etc. sowie wirtschaftlicher Abkommen wie MRA Medizinalprodukte) vordringlich auch in der ‘innenpolitischen’ Diskussion (d.h. gegenüber Bund und anderen Kantonsregierungen) zu vertreten?**
- Ja - eher ja - eher nein - nein